

Die sozialistischen Friedensbemühungen.

Die Aktion der holländischen Genossen.

Ueber die Absichten des Exekutivcomitès des Internationalen Sozialistischen Büros meldet uns unser Berichtserstatter in Amsterdam:

Die holländischen Mitglieder des Exekutivcomitès reisen auf eigene Verantwortung nach Stockholm, um dort die Vorbereitungen für eine Internationale Sozialistenkonferenz zu treffen. Sie konnten sich vorher mit den belgischen Mitgliedern des Comitès, die sich im okkupierten Gebiet befinden, nicht verständigen. Die Zustimmung Wanderveldes, der noch immer auf französischem Boden als belgischer Staatsminister tätig ist, konnte gleichfalls nicht eingeholt werden. Auch die französischen und englischen Mitglieder des Büros konnten von der Absicht des Exekutivcomitès nicht vorher verständigt werden. Die holländische Delegation glaubte die Initiative zur Vorbereitung einer Internationalen Sozialistenkonferenz jetzt unverzüglich ergreifen zu müssen, weil von verschiedenen Sozialistenparteien Versuche gemacht wurden, in direkte Fühlung mit den russischen Sozialisten zu kommen. Nach der Antwort Kerenskij's auf Guesdes Telegramm hält das Exekutivcomitè die Vorbedingungen für eine Annäherung gegeben. Troelstra, der bekanntlich über Berlin nach Stockholm abgereist ist, hat sich im „Dei Volk“ über die Absichten der holländischen Genossen näher ausgesprochen. Er führte aus:

Wir sehen die verschiedensten Versuche der sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder, mit den russischen Arbeitern in Fühlung zu kommen, und das ausführende Comitè darf an diesem Versuch nicht achtlos vorübergehen, sondern es muß sich hierin beteiligen. Wir begrüßen die Versuche, weil sie uns in unserem Bestreben unterstützen können, alle Parteien zusammenzubringen. Die Mitglieder des ausführenden Comitès halten es für wünschenswert, daß bei den Beratungen mit den auswärtigen Parteigenossen bestimmte Richtlinien gegeben werden. Unser Streben ist auf einen Frieden zwischen allen kriegführenden Nationen gerichtet, auf einen Frieden, der nach Möglichkeit mit unseren Prinzipien übereinstimmt. Die vorläufige russische Regierung — das sieht wohl fest — erkennt an, daß sie die Verpflichtungen, die die Regierung des Zaren mit den Verbündeten eingegangen ist, erfüllen muß. Das Comitè der Arbeiter und Soldaten dagegen sieht sich absolut nicht gebunden durch das Abkommen, wonach lediglich ein Friede gemeinsam mit allen anderen Ententeländern geschlossen werden darf. So kann unter bestimmten Umständen das Interesse der Ententeländer, zum Abschluß des Friedens zu schreiten, sich verstärken. Ein Sonderfriede kann vor uns nur gutgeheißen werden, insofern er das durch die Umstände gebotene Mittel sein würde, zu einem allgemeinen Frieden zu gelangen. Ein Sonderfriede zwischen Rußland und Deutschland, der die Grundlage legen würde für einen neuen permanenten Zustand, würde

in direktem Gegensatz zu unserem gesamten internationalen Streben stehen und in direktem Widerspruch zu allen, die die Demokratie und einen dauerhaften Frieden wünschen. Wir begreifen auch vollkommen die Notwendigkeit für die russischen Revolutionäre, im Augenblick nicht ohne weiteres zur Abrüstung zu schreiten. Solange kein Friedenszustand geschaffen ist, müssen sie durchkämpfen und die Bereitschaft zur Verteidigung ist natürlich stärker geworden jetzt, wo das ganze Volk mitzureden hat. Die Gruppe Lenin, die extremste linke Richtung von Zimmerwald, stimmt damit naturgemäß nicht überein. Auch die Minderheiten der Parteien der verschiedenen Länder müßten sich an der Konferenz beteiligen, denn die Mehrheit der einen Partei könne sich möglicherweise mit der Minderheit der Partei eines anderen Landes in Übereinstimmung befinden, und indem alle Parteien eingeladen würden, werde keiner Partei unrecht geschehen. Eine sozialistische Konferenz aber führe zu keinem Resultat, wenn allein die Parteien vertreten seien, die im Grunde genommen, ihre Regierung vertreten. Die Minderheiten der verschiedenen Länder müßten die Brücke zwischen den Parteien der kriegführenden Länder bilden, denn abgesehen von Italien stellen diese Minderheiten das internationale Element dar. Die Frage sei, ob die verschiedenen Regierungen den Vertretern der antigovernmentalen Minderheiten gelassen würden, zur Konferenz zu kommen. Es werde also nicht eine allgemeine Sitzung des Büros angelegt, sondern es werde selbständig von den Parteien versucht werden, eine Konferenz zustande zu bringen, die für die Zwecke des Friedens am besten geeignet sei. Wenn eine Regierung ihre Minderheit nach Stockholm gehen lasse, dann werde es bereits dadurch für die anderen Regierungen schwer gemacht, zu widerstreben, und die Sozialisten hätten die Aufgabe, in jedem Lande mit Hilfe ihrer Presse und mit Hilfe anderer Mittel ihr Bestes zu tun, um eine Verhinderung der Reise der Vertreter der Minderheiten unmöglich zu machen.

Adlers Rede im Deutschen Parteiauschuß.

Der deutsche Parteiauschuß, der Mittwoch und Donnerstag in Berlin Sitzung hielt, beschäftigte sich am ersten Tage nur mit den inneren Parteifragen; darüber werden wir noch berichten. Am Abschluß der Verhandlungen ergriff das Wort Dr. Viktor Adler und sagte:

Wir sind hierher gekommen, um uns zunächst zu informieren, ob man etwas für den Frieden machen kann. Ein glücklicher Zufall hat uns Gelegenheit gegeben, mit einem größeren Kreis von deutschen Genossen hier wieder in Fühlung zu treten, und wir danken Ihnen allen für Ihren freundlichen Empfang. Ueberaus erfreut sind wir, daß Sie diese Resolution einstimmig gefaßt haben. Wir mischen uns nicht in Ihre häuslichen Angelegenheiten — und jetzt meine ich nicht die Richtungen, sondern die Demokratisierung. Das ist eure Sache. Der zweite Teil aber ist eine gemeinsame Sache und ist die Sache, die uns allen jetzt fast ausschließlich am Herzen liegt. Wir alle empfinden die Pflicht, das Allerbeste zu tun, um auch nur das Kleinste dazu beizutragen, und daß wir nicht das Risiko scheuen, daß wir etwa etwas tun, was nicht zum Ziele führt; aber daß wir selbst auf die Gefahr hin etwas tun, was die Anstrengungen vielleicht nicht lohnt, doch nicht veräußen, was wir tun können. Dieser Gedanke ist in uns allen lebendig.

Die Welt hat sich sehr geändert. Was hat man früher von unserem angeblichen Größenwahn gesprochen — heute hat man zu uns Zutrauen und setzt auf uns Hoffnungen, die größer sind, als wir als vernünftige und unsere Lage ruhig überlegende, unsere Kraft abmessende Menschen vielleicht zu leisten imstande sind. Trotz der bekannten Schwierigkeiten, auch in unserer kleinen österreichischen Internationale, spreche ich gewiß im Namen aller österreichischen und ungarischen Genossen, wenn ich sage, daß wir jetzt alles daransetzen müssen, um den Frieden vorzubereiten. Ich erkläre feierlich, daß wir mit jedem Worte in dieser Resolution einverstanden sind, daß wir uns ihr voll anschließen und daß wir wünschen, daß sie als ein gemeinsamer Ausdruck aller deutschen und österreichischen und ungarischen Sozialdemokraten erscheint. Was wir am ehesten jetzt noch für den Frieden leisten können, ist natürlich, Fühlung zu suchen mit den Freunden unter den Feinden. Außerdem aber haben wir es mit unseren Regierungen zu tun, von denen wir fordern, daß sie einen klaren Verzicht auf jegliche Eroberungspolitik aussprechen. Sie kennen die letzten Erklärungen Bethmanns und Czernins, mit dem wir vor unserer Abreise gesprochen haben. Ich kann erklären, daß wir uns nicht an diese Erklärungen halten können. Wir sind nicht bereit, die Verantwortung für die Wiederherstellung der Weltfriedensordnung auf die Regierungen zu übertragen. Wir sind bereit, die Verantwortung für die Wiederherstellung der Weltfriedensordnung auf die Regierungen zu übertragen. Wir sind bereit, die Verantwortung für die Wiederherstellung der Weltfriedensordnung auf die Regierungen zu übertragen.

Die deutschen Internationalisten.